

# Borner streiten über die Kurabgabe

## Kritiker sprechen von Ungerechtigkeit bei der Erhebung/ Campingplatzbetreiber soll weniger zahlen

VON TIMO RICHTER

**Born.** Nur zwischen die Stühle der Mehrheit der Borner Gemeindevertreter, die für die Satzungen für die Fremdenverkehrs- sowie Kurabgabe gestimmt hatten, und deren Kritikern konnte sich am Montag Arndt Krischok setzen. Der Mitarbeiter des Instituts für Public Management hatte die Tarife für beide Abgaben kalkuliert. Innerhalb der Gemeindevertretung war darüber ein heftiger Streit ausgebrochen.

Vor allem Bürgermeisterkandidat Klaus-Dieter Holtz (seit Jahresbeginn für die Wählergemeinschaft Unsere Heimat Born tätig) moniert unisono mit Vertretern seiner einstigen politischen Heimstatt, der Borner Alternative, eine Ungerechtigkeit bei der Erhebung. Private Bettenvermieter müssen weiterhin 25 Euro pro Bett und Jahr berappen. Gleichzeitig, so die Vorwürfe, sinke der Betrag der Regenbogen AG auf weniger als zwei Euro je Stellplatz. Kein Wunder, so schlussfolgern die Kritiker der Satzung, sei Bürgermeister Gerd Scharmberg (Bürger für Born) doch bei dem Campingplatzbetreiber angestellt.

Eigens aus Berlin angereist war nun Arndt Krischok, um Licht in die zwischenzeitlich auf finsterstes Niveau gesunkene Auseinandersetzung zu bringen. Und er mühte sich redlich, beschrieb Berechnungswege, zeigte Alternativ-Rechnungen auf und begründete seine Arbeit mit aktueller Rechtsprechung. Unterm Strich hatte der Kalkulator sowohl für die Kurabgabe als auch für die Fremdenverkehrsabgabe höhere als die beschlossenen Sätze errechnet. Die Mindereinnahmen wurden per Beschluss dem Borner Kurbetrieb zugeschoben, die der erwirtschaften muss.

Auf Basis der Erlöse von rund fünf Millionen Euro soll die Regenbogen AG 15 Euro je Stellplatz als Fremdenverkehrsabgabe zahlen. Im Gegenzug, so die Forderung von Bürgermeisterkandidat Holtz und Vertretern der Borner Alternative sollte der Satz je privat vermietetem Gästebett von zuletzt 25 auf 20 Euro je Jahr sinken. Geht gar nicht, so die Erwiderung des Kalkulators, würden so die privaten Vermieter durch einen Gewerbebetrieb subventioniert. Auch seien die Erlöse nicht das Maß des wirtschaftlichen Vorteils der Campingplatzbetreiberin durch den Tourismus, sondern die Gewinne. Die Rechnung der Kritiker aber, gibt Arndt Krischok zu, „klingt als Idee relativ charmant“. Bei der Einstufung eines Betriebes könnten immer gewisse Ungerechtigkeiten eintreten. So müsse ein Anbieter am unteren Ende einer bestimmten Kategorie ebenso viel zahlen wie einer am oberen Ende derselben Eingruppierung. Dadurch ergäben sich je Berechnungseinheit unterschiedliche Beträge, sagte Arndt Krischok. Solche Pauschalierungen seien allerdings nicht nur üblich, sondern auch rechtlich anerkannt. Basis der Berechnungen seien die vom Amt und Borner Kurverwaltung zur Verfügung gestellten Unterlagen, laut Bürgermeister Gerd Scharmberg Zahlen der Buchhaltung. Die sind einem Zwischenruf von Albrecht Kiefer (Borner Alternative) zufolge aber falsch.

Unabhängig seiner Kalkulation habe die Gemeindevertretung alle Freiheiten, einen eigenen Verteilerschlüssel zu beschließen, antwortete Krischok auf eine Frage von Georg Kranz, Vorsitzender der Wählergemeinschaft „Borner Alternative“. Allein auf die aktuelle Gesetzgebung habe er sich bei der Kalkulation von Kurabgabe und Fremdenverkehrsabgabe bezogen. „Hier wurde nicht leichtfertig etwas zusammengeschustert“, ergänzte Gerd Scharmberg. Mit Blick auf die aktuelle Rechtsprechung ergebe sich für die Satzungen kein überschwängliches Klagerisiko. Gleichwohl will die Opposition prüfen, ob sie eine Normenkontrollklage gegen die Satzungen anstrengen kann. Ohne die noch 2018 beschlossenen Satzungen könnten die Abgaben nicht erhoben werden.